

Basel verstärkt die Integrationsbemühungen

Die Integrations-Initiative der SVP wird deutlich verworfen, der Gegenvorschlag klar angenommen

Von Jonas Hoskyn

Basel. Die Integrations-Initiative der SVP blieb chancenlos. Ihr zur Folge hätte der Kanton mit der Mehrzahl der Migranten eine Integrationsvereinbarung abschliessen müssen. Fast drei Viertel der Basler lehnten die Idee jedoch ab (Stimmeteiligung: 54,5 Prozent). Mit 64 Prozent klar angenommen wurde der Gegenvorschlag der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK). Damit verstärkt der Kanton sein Modell des «fördern und fordern».

Künftig wird jeder Neuankömmling von den Einwohnerdiensten mit einem Erstgespräch begrüsst. Heute erhält man lediglich Informationsmaterial per Post. Das Begrüssungsgespräch soll bedarfsgerecht zugeschnitten sein und zwischen fünf Minuten und einer Viertelstunde dauern. Dabei werden die Migranten auf die Bedeutung der deutschen Sprache, lokale Gepflogenheiten und Integrationsangebote hingewiesen. Personen, bei denen sich mögliche Probleme bei der Integration abzeichnen, können zu einem zweiten Gespräch aufgeboten werden. Falls nötig, kann dann auch eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden.

Ebenfalls neu ist, dass Migranten im ersten Jahr gratis einen Sprachkurs besuchen können. Bisher hatten gerade mal 7,3 Prozent der nicht-deutschsprachigen Ausländer einen staatlich subventionierten Sprachkurs besucht. «Das sind klar zu wenig», sagte Regierungspräsident Guy Morin. «Wer kein Deutsch kann, soll möglichst rasch in einen Grundkurs.» Ihm schwebt ein Modell mit Bons vor, welche beispielsweise beim Begrüssungsgespräch gleich mitgegeben werden. «Wir werden zusehen, dass diejenigen das Angebot nutzen, die es brauchen und nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip Gutscheine verteilen.» Gleichzeitig zeigte sich der Regierungspräsident erleichtert, dass die SVP-Initiative abgelehnt wurde: «Das hätte unnötig für Bürokratie gesorgt», so Morin. «Baselland und Solothurn haben das Modell ausprobiert und beide Male hat es nicht zufriedenstellend funktioniert.»

«Von Anfang an ins Boot holen»

Auch Tanja Soland, als Präsidentin der JSSK verantwortlich für den Gegenvorschlag, betonte, wie wichtig es sei, möglichst schnell anzusetzen und Anreize zu schaffen. «Wenn jemand

schon zehn Jahre hier wohnt und noch immer kaum deutsch spricht, ist der Zug wohl abgefahren.» Ihr sei es bei den Sprachkursen in erster Linie mehr darum gegangen, die Hürden möglichst niedrig zu setzen, als darum, dass diese kostenlos sind. «Man muss die Leute von Anfang an ins Boot holen», sagte die SP-Grossrätin. Letztlich gehe es um eine kleine Bevölkerungsgruppe und dank dem Gegenvorschlag gebe es jetzt bessere Möglichkeiten. Man müsse sich nun anschauen, wie das neue System anläuft und in zwei, drei Jahren könne man eine erste Zwischenbilanz ziehen.

Bei der SVP konnte man die Enttäuschung über das wichtige Nein nicht verbergen: «Ein paar Ja-Stimmen mehr hätte ich mir schon erhofft», sagte SVP-Grossrat Joël Thüring. Allerdings habe seine Partei von Anfang an alleine für das Anliegen kämpfen müssen, «und wenn dann noch ein Gegenvorschlag vorhanden ist, sind immer viele Bürger geneigt, den Mittelweg zu gehen». Trotzdem konnte Thüring dem Wahlsonntag etwas Positives abgewinnen. Der Gegenvorschlag habe mehrere Forderungen der Initiative aufgenommen, wenn auch in abgeschwächter Form. Das Ja zum Gegenvorschlag deutet

Thüring als Votum, dass die Basler Stimmbürger mit dem bisherigen Integrationssystem nicht vollauf zufrieden waren. «Und auch die Regierung hat zugegeben, dass sich im Bereich Integration etwas ändern muss. Insofern hoffe ich, dass der Gegenvorschlag jetzt konsequent umgesetzt wird.»

Mehrkosten von 3,5 Millionen

Auffallend: Das Nein zur Integrations-Initiative fiel fast ähnlich wuchtig aus wie das kantonale Votum zu Ecopop. Viele Stimmbürger hätten die beiden migrationspolitischen Vorlagen auf Bundes- und Kantonsebene wohl verknüpft und mit dem Ecopop-Nein auch gleich die SVP-Initiative verworfen, vermutet Tanja Soland. Auch Initiant Joël Thüring, der Nein zu Ecopop eingelegt hat, sagt: «Möglicherweise war das Abstimmungsdatum für uns suboptimal.»

Mit dem neuen Modell entstehen für den Kanton geschätzte Mehrkosten von rund 3,5 Millionen Franken. Der Löwenanteil entfällt auf die Gratis-Sprachkurse. Auch bei den Einwohnerdiensten müssen einige wenige Stellen geschaffen werden. Davon übernimmt der Bund aber die Hälfte der Kosten.

Kommentar

Eine Linke ohne Scheuklappen

Von Jonas Hoskyn



Ein paar Dutzend Integrationsvereinbarungen schliesst der Kanton jährlich mit Problemfällen ab. Die Integrationsinitiative der SVP

hätte die Zahl der Vereinbarungen zumindest in den vier-, wohl eher in den fünfstelligen Bereich katapultiert und eine grundlegende Umkehr von der bisherigen Integrationspolitik des Kantons bedeutet. Damit schoss die Partei deutlich übers Ziel hinaus. Denn im Grossen und Ganzen funktioniert die Integration in Basel. Trotzdem: Die SVP hat ein Thema auf die politische Traktandenliste gehievt, das offenbar dort nicht gehörte. Und obwohl sie angesichts der politischen Verhältnisse kaum Angst vor einem Ja haben musste, ist es der Linken gelungen, mit dem Gegenvorschlag das bisherige System zu verbessern, ohne dabei in das reflexartige Ablehnungsverhalten zu verfallen, das bei Integrationsfragen allzu oft an den Tag gelegt wird. Wichtig ist nun, dass die Verantwortlichen ehrlich hinschauen, ob und wie sich das neue Angebot der Gratis-Sprachkurse bewährt und auch bereit sind, gegebenenfalls in ein paar Jahren ohne falsche Scheuklappen weitere Anpassungen vorzunehmen.

jonas.hoskyn@baz.ch

So stimmte der Kanton Basel-Stadt

Wahllokale	Abschaffung der Pauschalbesteuerung		Stopp der Überbevölkerung (Ecopop)		Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)		Integrations-Initiative		Gegenvorschlag der Regierung		Stichfrage	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Bahnhof SBB	492	310	132	681	134	664	173	585	512	235	146	591
Rathaus	581	359	153	830	144	802	192	705	616	248	169	697
Polizeiwaache Clara	249	143	70	332	72	311	90	282	237	117	74	279
Brieflich Stimmende	20930	26819	11622	36673	10077	37055	11838	32103	27776	15363	10872	31205
Total Basel	22252	27631	11977	38516	10427	38832	12293	33675	29141	15963	11261	32772
Riehen Gemeindehaus	113	93	45	176	42	169	58	141	129	68	50	149
Brieflich Stimmende	3530	4195	1989	5791	1810	5889	2067	5038	4234	2762	1977	4816
Total Riehen	3643	4288	2034	5967	1852	6058	2125	5179	4372	2830	2027	4965
Total Bettingen	166	295	97	363	89	366	112	324	263	159	111	296
Auslandsschweizer	1457	1297	575	2213	546	2200	-	-	-	-	-	-
Total Kanton	27518	33511	14683	47059	12914	47456	14530	39178	33776	18952	13399	38033
Stimmenanteil in Prozent	45,09	54,91	23,78	76,22	21,39	78,61	27,05	72,95	64,06	35,94	26,05	73,95

Angriff auf die aktuelle Politik der Baselbieter SVP

Das liberale Manifest der FDP Arlesheim ist mehr als ein Positionsbezug

Von Alessandra Paone

Liestal. Das Ja der Baselbieter SVP Ende Oktober zur Gold-Initiative, aber vor allem zu Ecopop, hat in bürgerlichen Kreisen eine Welle der Entrüstung ausgelöst. So ist es kein Zufall, dass wenige Tage nach dem SVP-Parteitag

die FDP Arlesheim ihr liberales Manifest veröffentlichte. Mit diesem klaren liberalen Positionsbezug distanzieren sie sich von den aktuellen Bestrebungen, die staatlichen Institutionen infrage zu stellen, mit der humanistisch-humanitären Tradition der Schweiz zu brechen und die Abschottung zu propagieren, wie dies mit der angekündigten Völkerrechts-Initiative, Ecopop oder der Gold-Initiative der Fall sei, teilte die Partei per Communiqué mit.

Die Parolen der SVP seien an der Mitgliederversammlung der FDP Arlesheim angeregt diskutiert worden, sagt Sektionspräsident und FDP-Landrat Balz Stückelberger. «Unsere Mitglieder wollten wissen, wie wir mit der Haltung unseres bürgerlichen Partners umgehen.» Dies habe die Parteileitung dazu bewogen, das bereits früher verfasste Manifest publik zu machen.

Die FDP Arlesheim betont in ihrem Manifest die Freiheit des Einzelnen als wichtigstes und schützenswertes Gut. Freiheit bedinge aber auch Verantwortung, schreibt sie. Denn Freiheit ohne Verantwortung münde in Missbrauch, Masslosigkeit und Chaos. Eng verknüpft mit diesen beiden fundamentalen Prinzipien seien die weiteren liberalen Grundsätze: Vielfalt, Toleranz, Gleichheit, Offenheit und Solidarität. Wer den liberalen Grundsatz der Freiheit für sich beanspruche, müsse sich zu diesen begleitenden und ergänzenden Prinzipien bekennen, heisst es weiter.

Das liberale Manifest wird zwar als «Positionsbezug jenseits des klassischen links-rechts-Schemas» präsentiert, in Wahrheit ist es aber eine klare Kritik an der aktuellen Politik der Baselbieter SVP und teilweise auch an jener des Baselbieter Freisinns. Doch zwei Monate vor den Gesamterneuerungswahlen können SVP und FDP, die auf die gegenseitige Unterstützung angewiesen sind, keinen Ärger gebrauchen und geben sich bewusst harmonisch.

Das Manifest sei eine Auslegung der politischen Stossrichtung der FDP Arlesheim und entspreche den Grundsätzen der FDP in diesem Land,

sagt Oskar Kämpfer. Der Präsident der SVP Baselland, der gewöhnlich nie um einen kritischen Kommentar verlegen ist, will keine Differenzen in der bürgerlichen Haltung und schon gar nicht einen Angriff auf die SVP erkennen. Jede bürgerliche Haltung habe Platz in der bürgerlichen Allianz Baselland. Kämpfer schliesst zudem aus, dass das Manifest zu Reibereien im kommenden Wahlkampf führen könne, zumal es keine neuen Aussagen beinhalte. Genauso sieht es FDP-Präsidentin Christine Frey. Sie begrüsse es sehr, wenn sich die Sektionen ernsthaft mit der Frage nach den liberalen Werten auseinandersetzen.

Mit anderen Worten: Das Gebelle aus Arlesheim vermag das höhere Interesse der bürgerlichen Allianz, bei den Wahlen am 9. Februar die bürgerlichen Sitze in der Kantonsregierung von drei auf vier aufzustocken, nicht infrage zu stellen. Dessen scheint sich auch Balz Stückelberger bewusst zu sein und relativiert den Inhalt des Manifests: «Viele Tendenzen bei der SVP machen uns grosse Sorgen», räumt er zwar ein, «wir wollen aber niemanden kritisieren.» Vielmehr gehe es der FDP Arlesheim darum, sich zu positionieren und ihr Erfolgsmodell aufzuzeigen.

Immerhin habe sie mit dieser Ausrichtung Wähleranteile und Mitglieder gewonnen und sei mit einem Anteil von 26 Prozent derzeit die zweitstärkste Dorfpartei. Oft werde liberal als links verschrien, sagt der Landrat, der innerhalb seiner Fraktion bei sozialgesell-

schaftlichen Themen oft isoliert politisiert. Das sei aber falsch, denn liberal sei das Gegenteil von konservativ. Anders als die meisten Baselbieter Freisinnigen steht Stückelberger der Handelskammer beider Basel näher als der Wirtschaftskammer Baselland und setzte sich auch für die Kantonsfusion ein.

ANZEIGE

STADTCASINO BASEL

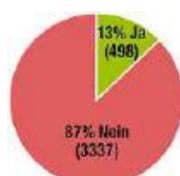
«EIN GROSSARTIGES PROJEKT UND EINE KLARE BEREICHERUNG FÜR UNSERE KULTURSTADT BASEL.»

Samuel Holzach
Präsident Verwaltungsrat / Theater Basel

www.erweiterung-stadtcasino.ch

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von Samstag: Darf eine Schuldnerin den Strafvollzug leiten?



Macht Ihnen das HIV heute noch Angst?

Bertrand Cuttat ist der am längsten an Aids Erkrankte in der Schweiz. Am Unispital Basel fand er Hilfe (Seite 15). Macht Ihnen das HIV heute noch Angst? www.baz.ch

ANZEIGE

in-tuition
Fördern nach Fähigkeiten

Bessere Noten.

- Nachhilfe
- Prüfungsvorbereitung
- Individuelle Schulprogramme
- Hausaufgaben-Betreuung
- Ferienprogramm

Telefon 061 260 20 25 www.in-tuition.ch